

Cornelia Coenen-Marx

Die Neuentdeckung der Gemeinschaft – Ein Blick auf Quartier, Pflege und Kirche in Pandemiezeiten

Zusammenfassung

Die Corona-Krise hat sichtbar gemacht, wie Globalisierung und die digitale Transformation die Gesellschaft verändert haben. In der „*Gesellschaft der Singularitäten*“ wächst die *Einsamkeit*.. Zugleich ist in den letzten Jahren eine Vielfalt an Projekten entstanden, die Bürgerinnen und Bürger im Sozialraum zusammenführen. *Sorgende Gemeinschaften* und *Nachbarschaftsnetze* erinnern an die Aufbrüche von Bürgerbewegungen und Vereinen in der Transformation zur Industriegesellschaft. Dabei können *digitale Netzwerke* eine unterstützende Rolle spielen. Damals wie heute geht es nicht nur um ehrenamtliche Bewegungen, sondern zugleich um die Weiterentwicklung von professionellen Sorgestrukturen in Organisationen und Kommunen sowie eine *Reform des Sozialsystems auf kommunaler Ebene*.

Der klärende und kritische Rückblick auf die *Bildung von Gemeinschaften in der „Inneren Mission“* des 19. Jahrhunderts macht deutlich, dass und wie Gemeinschaft heute neu erfahren wird und neu gedacht werden muss. Anders als in den sozialpatriarchalen Strukturen, die in der Corona-Krise zum Teil wieder auflebten, sind *Selbstbestimmung und Inklusion* der „*Betroffenen*“ wesentliche Kriterien – genauso wie Vielfalt, immer neue Öffnung und Bereitschaft, sich mit dem/ den „Anderen“ auseinanderzusetzen. Für die *Kirchen* bedeutet das, sich– ins Quartier zu öffnen, Fragen und Ideen aus der Zivilgesellschaft aufzunehmen und *kooperativ mit anderen Trägern* zusammen zu arbeiten.

Stichworte: Einsamkeit, Sorgende Gemeinschaften, Nachbarschaftsnetze, Digitale Netzwerke, Bürgerschaftliches Engagement, Sorgestrukturen, Selbstbestimmung, Inklusion

Summary

The corona crisis has made clear how globalisation and the digital transformation have changed our society. In this “Society of Singularities”, loneliness is spreading.. Simultaneously, the past years have brought about a variety of projects that connect people in a social environment. Caring communities and neighbourhood-networks are reminiscent of the awakening of citizens and organisations during the transition to an industrial society. Digital networks,can offer support in this. The importance here is placed not just in volunteer networks, but in the development of professional structures in organisations capable of providing the necessary care, as well as reform of our social system on a municipal level.

Looking back critically on the formation of communities through the “Innere Mission” of the 19th century, it becomes clear that our society must be experienced and considered in novel ways. In opposition to the patriarchal social structures that have been partly reinvigorated during the corona epidemic, the autonomy and inclusion of those affected are essential criteria, as is the continued willingness to engage with people and ideas different from ourselves. For the church this means opening itself towards the community it is part of, engaging with its questions and ideas, and working cooperatively with other community-focussed people and organizations.

Keywords: loneliness, caring communities, neighbourhood-networks, digital networks, autonomie, inclusion, volunteers, professional structures

1. Einsamkeit in der Transformation

„Wenn es hart auf hart kommt, sind wir auf andere angewiesen und andere auf uns! Diese Lehre wird uns prägen und sie kann auch die Gesellschaft prägen, in der wir leben werden, die Zukunft, in die wir aufbrechen“, sagte Bundespräsident Frank-Walter-Steinmeier beim Corona-Gedenken am 18. April 21 in Berlin.¹ Corona lege aber auch offen, woran das Gemeinwesen schon länger erkrankt sei, meint Diana Kinnert.² Die alten Strukturen der Begegnungen seien verbraucht, das Zwanglose sei zur allgemeingültigen Umgangsformel, menschliche Beziehungen flüchtig geworden. Der Stones-Song „Living in a ghost town“ und die Bilder von Edward Hopper illustrierten dieses Lebensfühl der „Single-Gesellschaft“: Einsame Zuschauer*innen in der Kulisse. Eine wegweisende Langzeitstudie aus den USA ergab, dass Patient*innen, die sich als einsam bezeichneten, fünf Jahre später mit größerer Wahrscheinlichkeit depressiv waren, berichtet Noreena Hertz in ihrem Buch „Das Zeitalter der Einsamkeit“³ Der Weg hinaus, meint sie, führe nur über wechselseitige Unterstützung: „In diesem Zeitalter der Einsamkeit ist es maßgeblich, dass Menschen sich nicht nur umsorgt fühlen und umsorgt sind, sondern dass sie auch Gelegenheit haben, für andere zu sorgen“. Dazu müsste die Politik sozialstaatliche Strukturen so ändern, dass es Menschen möglich werde, einander besser zu helfen. Und auch ein kultureller Wandel sei nötig: Fürsorglichkeit, Freundlichkeit und Mitgefühl müssten aktiv gefördert und deutlicher belohnt werden. In den letzten Jahrzehnten seien sie nicht nur unterbewertet, sondern auch unterbezahlt worden. Unwillkürlich denkt man an den Applaus für Pflegekräfte im letzten Frühjahr.

Die Frage, wie wir Solidarität und Gemeinschaft in der „Gesellschaft der Singularitäten“⁴ stärken können, ist hierzulande vor allem im Blick auf die Älteren diskutiert worden: Schon 2016 im 7. Altersbericht der Bundesregierung⁵ ging es um die Entwicklung von Caring Communities in Nachbarschaften und Kommune und die notwendigen Veränderungsprozesse in Zivilgesellschaft, Stadtentwicklung und Pflege. Trotzdem erlebten wir während der Corona-Krise den faktischen Ausschluss der Hochaltrigen und Pflegebedürftigen aus der Öffentlichkeit – schlimmer noch: von jeder Begegnung miteinander wie mit Angehörigen. Anstelle von Selbstbestimmung, Empowerment und Öffnung der Heime, anstelle der Weiterentwicklung des „Dritten Sektors“ erlebten wir die Rückkehr überkommener Altersstereotypen und sozialpatriarchaler Entscheidungsstrukturen. Nicht nur Angehörige, auch Ehrenamtliche aus Betreuungsdiensten und Hospizarbeit fanden sich „ausgesperrt“. Ganz ähnlich ging es anderen vulnerablen Gruppen: Menschen mit Behinderung, deren Einrichtungen z.T. geschlossen wurden, Kindern und Jugendlichen, denen Schule,

1 Steinmeier 2021, S. 6.

2 Kinnert 2021, S. 50ff.

3 Hertz 2021, S. 41.

4 Reckwitz 2017.

5 Bundesregierung 2016.

Vereine, Freizeiteinrichtungen fehlten, Geflüchteten, die ihre Arbeitsplätze verloren, Sterbenden, die ohne hospizliche Begleitung blieben, Trauernden, die sich allein gelassen fühlten. Sie alle sind auch Zielgruppen für die Arbeit von und mit „Caring Communities“ – und sie alle wurden nicht in die Entscheidungen über Corona-Maßnahmen einbezogen.

Es war die Zivilgesellschaft, die auch in dieser Situation mit viel Kreativität nach Wegen gemeinsamer Erfahrung suchte, Karten und Briefe schrieb, mit Akkordeon und Blasinstrumenten vor den Pflegeheimen Musik machte, Kerzenaktionen in den Städten startete, um der Trauer ein Gesicht zu geben. Alleinerziehende taten sich zusammen, um sich als Wahlfamilie wechselseitig zu unterstützen, engagierte Mentor*innen begannen Nachhilfeprojekte übers Handy, Chöre übten im Web, Gemeindehäuser wurden zu Co-Working-Spaces. In den Familien entdeckte man das gemeinsame Kochen neu und Kirchengemeinden hielten Heiligabend „Gottesdienste to go“ mit Herbergssuche im Viertel. Tatsächlich geht die „Neuentdeckung der Gemeinschaft“ auch diesmal einher mit der Wiederentdeckung der Quartiersarbeit – einem der großen Themen der Diakonie in der industriellen Transformation des 19. Jahrhunderts. Im August 1840 gründeten hannoversche Bürgerinnen auf Initiative von Ida Arenhold den „Frauenverein für Armen- und Krankenpflege“. Inspiriert von Amalie Sieveking und Johann Hinrich Wichern in Hamburg wollte der Frauenverein der wachsenden Vereelung breiter Bevölkerungsschichten in der Industrialisierung begegnen. Die bürgerlichen Frauen gingen selbst in die Häuser, kümmerten sich um Lebensmittel und Brennmaterial, sorgten für die rechtzeitige Reparatur von Kleidern und Schuhen, achteten auf den Schulbesuch der Kinder und sorgten dafür, dass die Frauen Beschäftigung fanden – in Nähstuben, Strickvereinen, als Dienstboten. „Hilfe zur Selbsthilfe“ war das tragende Prinzip – ganz ähnlich wie beim „Elberfelder System“,⁶ in dem kommunale Koordinationsstellen das Ehrenamt in den Quartieren unterstützten.

Heute kehren die Modelle in vielfältiger Form zurück. Von den Tafeln bis zu den Nähstuben, den Werkstätten und Tauschbörsen. Gleichzeitig entstehen neue Formen zivilgesellschaftlicher Netze: Hospizgruppen, Frühfördernetze, Mehrgenerationenhäuser und Seniorenwohngemeinschaften. Angesichts der Vermarktlichung des Sozial- und Gesundheitssystems, in dem Zugänge zunehmend über Geld und Wissen gesteuert werden, angesichts der zunehmenden Individualisierung und der wachsenden Überforderung von Familien steht die Idee der „Sorgenden Gemeinschaften“ für wechselseitige Unterstützung und die Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen – für sich selbst, für andere und auch für die gesellschaftliche Entwicklung. Schon im 19. Jahrhunderte zeigt sich allerdings die Notwendigkeit, zusätzlich zu den sozialen und politischen Ehrenämtern und Hilfenetzen eine neue Beruflichkeit zu entwickeln: Mit den Gemeindeschwestern entstanden die ersten Pflegedienste und Kleinkinderschulen, mit den diakonischen Brüdern „Rettungshäuser“

6 Deimling 2003.

und Erziehungsheime. Diese Einrichtungen der Inneren Mission und die caritativen Orden waren im Kern diakonische Gemeinschaften, die überforderte Familien und Nachbarschaften unterstützten und neue Wohn- und Lebensgemeinschaften in den Quartieren aufbauten.

Johann Hinrich Wichern, der Gründer der „Inneren Mission“, konzipierte nach dem großen Brand in Hamburg, 1846, ein solches Quartier mit 350 Wohnungen. In der Mitte war eine Schule geplant. Wie wichtig Bildung als Schlüssel zur Teilhabe ist, das hatte er mit der Sonntagsschularbeit selbst erlebt. Genauso wesentlich war ihm aber eine funktionierende Nachbarschaft. Deshalb sollten sich die Bürgerinnen und Bürger in einem Kranken- und Begräbnisverein organisieren. Alleinlebende sollten in ein das „Familiengemeinwesen“ integriert werden.

Die Kommission für den Siebten Familienbericht der Bundesregierung hat 2012⁷ darauf aufmerksam gemacht, dass erneut ein Care-Defizit droht, wenn es nicht gelingt, den absoluten Vorrang ökonomischen Denkens infrage zu stellen. Die private und informelle Sorgearbeit, die in Familie, Nachbarschaft und sozialem Ehrenamt nach wie vor die Grundlage des professionellen Hilfesystems darstellt, schwindet angesichts mangelnder Anerkennung und ökonomischer Absicherung unbezahlter Arbeit. Die zunehmende Individualisierung auch in der sozialen Sicherung, die oft prekäre Situation von Alleinerziehenden, die Instabilität von Anstellungsverhältnissen und die „Brüchigkeit“ von Familien- und Lebensformen verlangen ein enormes Maß an Abstimmungs- insbesondere bei einem erhöhten Hilfebedarf. Wer Beruf und Familie vereinbaren will und muss, braucht deshalb ein breites und differenziertes Dienstleistungsangebot. Was es für Familien bedeutet, wenn Kitas und Tagespflege, Schulen und Einrichtungen für Menschen mit Behinderung plötzlich schließen, haben im Coronajahr (2020) viele erlebt. Dabei wurde die Spaltung zwischen mobilen Bildungs-Gewinner*innen und immobilen „Abgehängten“, aber auch die zwischen Autochthonen und Zugewanderten überdeutlich. Nach dem Lockdown ist jedem klar, dass erheblicher Nachholbedarf bei der Digitalisierung besteht. Aber neue Laptops integrieren die Zurückgelassenen nicht – so wenig wie Pflegeroboter den Fachkräftemangel auf dem Land ersetzen oder ein „SmartHome“ eine lebendige Nachbarschaft.

2. Sorge, Quartier und Politik

Wer über ein gut geknüpftes soziales Netz verfügt, wer eine stabile Familie, ehemalige Kolleginnen, Vereinskameraden und Freunde am Ort hat, kann Herausforderungen mit Gelassenheit begegnen. Aber viele fühlen sich allein gelassen, überfordert und zerrissen. Junge Leute ziehen in die prosperierenden Regionen; zurück bleiben die Älteren, die häufig Wohneigentum haben, das sich kaum noch verkaufen lässt. Paare leben aus beruflichen Gründen die Woche über getrennt; wo Kinder in der Familie leben, sind es dann häufig die Mütter, die bleiben. Mobilität, Freiheit,

⁷ Bundesministerium 2012.

Selbstverwirklichung lassen sich anscheinend am besten in einer Singlegesellschaft leben. Menschen, die häufig umziehen oder auch pendeln, verlieren leicht die soziale Einbettung in Familie und Nachbarschaft. Zugleich verändern sich die Nachbarschaften selbst, weil Menschen von anderswoher zuziehen – vom Land in die Städte, aus den Städten in den Speckgürtel, als Arbeitssuchende, Migranten oder Flüchtlinge. Manche, wie die Einwander*innen der 60er Jahre, gehören seit Generationen dazu; und dennoch hat sich noch nicht überall ein echtes Miteinander entwickelt. Wo viele leben, die von Transfereinkommen abhängen, wächst die Angst vor dem Verlust des „Eigenen“ – des eigenen Arbeitsplatzes, der eigenen Kultur, der gewohnten Nachbarschaft. Nicht nur Arme und Pflegebedürftige, sondern auch Menschen mit Behinderung, Migrant*innen und Alleinerziehende erfahren eine subtile Form sozialer Ausgrenzung, wenn sie vor allem als Hilfebedürftige wahrgenommen werden. Das Gefälle wächst – auch zwischen boomenden und schrumpfenden Regionen, Städten und Stadtteilen, Ost und West.

Unter dem Motto „Unteilbar“ haben 2018/ 2019 eine Viertelmillion Menschen gegen die sichtbare Spaltung unserer Gesellschaft demonstriert. Der Streit um die Essener Tafel hatte 2017 die Konkurrenz ganz unten zum öffentlichen Thema gemacht: Rentner*innen, Hartz-4-Empfänger*innen, Familien in Armut und Geflüchtete. Lauter Menschen, die immer neu die Scham überwinden müssen, sich anzustellen, ihren Ausweis zu zeigen, ein Second-Hand-Leben zu leben. Die um ihre Würde kämpfen – oft gegeneinander statt miteinander. Denn es gibt eben nicht nur den Riss zwischen oben und unten, sondern auch den zwischen innen und außen. Als die industrielle Transformation die Kommunen im 19. Jahrhundert überforderte, schufen Diakonische Vereine Armenküchen, Pflegeheime und Rettungshäuser als unmittelbare Auffangstationen und ersten Schritt in Richtung einer solidarischen Versicherung. Wer erfahren musste, dass sein Leben durch Unfall, Krankheit, Arbeitslosigkeit in die Brüche ging, sollte sich auf die Solidargemeinschaft verlassen können. Dabei ging es nicht nur um Geld – es ging um das Gefühl, auch dann noch dazuzugehören, wenn man auf Hilfe angewiesen war. Vielleicht sind die Tafeln die „Suppenküchen“ unserer Zeit. In der Corona-Krise wurde das besonders deutlich, als die meisten Einrichtungen schließen mussten und die einmalige Corona-Prämie das ausgefallene Schulessen oder den Kauf von Masken in „Hartz-4-Familien“ kaum decken konnte. Jetzt, in der Krise, plädierten auch Künstler*innen und Soloselbständige für ein bedingungsloses Grundeinkommen – die Lösung der Sozialsysteme vom unmittelbaren Zusammenhang mit dem Erwerbs einkommen. Tatsächlich geht es wohl um eine grundlegende Reform des Sozialsystems, die politisch allerdings strittig und brisant ist.

Die gesellschaftlichen Kämpfe unserer Zeit sind „Sorgekämpfe“: um Pflege und Kinderbetreuung, Grundeinkommen und Mieten. Kaum ein Bereich der Sozialdienstleistungen zeigt aber so deutlich wie die Pflege, was geschieht, wenn Versorgungslücken durch ungeregelte Marktangebote geschlossen werden. Hier dringt die Ökonomisierung bis ins Private, in die Familien, vor und trifft am Ende die

Schwächsten. Die mehr als 300.000 osteuropäischen Haushalts- und Pflegehilfen, die zurzeit die Lücke in der Versorgung füllen, sind auf Dauer keine Lösung. Das war während der Coronapandemie öffentlich sichtbar, als die Grenzen zu Polen und Tschechien geschlossen waren und Haushaltshilfen, Pflegekräfte wie Spargelstecher*innen vor verschlossenen Grenzen standen. Für kurze Zeit mussten Familien und Nachbar*innen einspringen, stationäre Einrichtungen mussten zusätzliche Zimmer schaffen, hier und da blieben auch Mitarbeiterinnen länger als geplant bei den pflegebedürftigen Älteren, um das Schlimmste zu verhindern – und ließen die eigene Familie in Polen oder anderswo im Stich. Die weiblichen Care-Ketten, die entstanden sind, sind nicht nur brüchig, sie sind, wie die Armutrenten vieler Frauen, ein sichtbares Zeichen mangelnder Geschlechtergerechtigkeit – gerade auch in der Pflege.

Anders als die Krankenversicherung war die Pflegeversicherung von Anfang an nur eine „Teilkasko-Versicherung“ – gedacht als Kombination von Eigenleistung der pflegenden Angehörigen mit Geld- und Sachleistungen aus der Versicherung. Wie alle sozialen Sicherungssysteme in Deutschland ist sie auf eine männliche Vollzeiterwerbstätigkeit und weibliche, private Sorge hin kalkuliert. Dieses Lebensmuster ist aber nicht mehr dominant. „Die Entwicklung führt dazu, dass Teile der Sorgearbeit aus dem Haushalt ausgelagert und auf kommerzieller oder sozialstaatlicher Ebene neu organisiert werden“, analysiert Gabriele Winker die Veränderungsprozesse.⁸ An die Stelle scheinbar selbstverständlicher Rollenzuschreibungen treten Planungs- und Aushandlungsprozesse, in denen Frauen allerdings noch immer die größten Lasten tragen – zeitlich, aber auch ökonomisch mit geringeren Renten. Für das schlichte Zusammensein, das unbelastete Gespräch zwischen Pflegenden und Pflegebedürftigen bleibt kaum noch Zeit. Pflege verliert ihre verbindende Energie, ihre spirituelle Kraft. Der Wunsch, sie in Caring- Communities neu zu binden, wird sich nur erfüllen, wenn auch die Refinanzierung von Pflege neu geregelt wird: Dazu gehört neben dem Umbau der Pflegeversicherung zur Vollversicherung mit dann steigenden Beitragssätzen auch eine stärkere Refinanzierung aus dem Steuersystem – und in der Folge eine neue Verteilung von Erwerbsarbeit und Sorgearbeit. So kann deutlich werden, was während der Coronakrise für alle spürbar war: Pflege ist systemrelevant, sie geht alle an. Gefragt ist „ein Politikentwurf, der Familien-, Gesundheits-, Teilhabe- und Pflegepolitik miteinander verbindet und dabei den Kommunen eine zentrale Rolle zuweist.“⁹ Care-Arbeit ist ein wachsender, europäischer Markt – mit Angeboten auf digitalen Plattformen. Deshalb braucht es dringend neue, integrative Konzepte der Kommunen, aber auch des Bundes und der EU, um einen schützenden Rahmen zu schaffen, Quartierspflege abzusichern, sie mit (teil-)stationären Angeboten zu verknüpfen und die Stadtplanung insgesamt auf den demografischen Wandel, speziell auf Ältere auszurichten.

8 Winker 2015, S. 29.

9 Klie 2014, S. 12.

Neben neuen Pflege- und Serviceangeboten sind barrierearmes Bauen und gemischte Quartiere gefragt. Die Wirklichkeit sieht anders aus: Sie ist geprägt durch lange Schlangen bei Wohnungsbesichtigungen, durch Wucherpreise und Entmietung und Rentnerinnen, die sich ihre Wohnung nicht mehr leisten können, wenn der Partner ins Heim muss oder stirbt. Die Demonstrationen gegen den „Wohnwahnsinn“ zogen vor der Pandemie Zehntausende auf die Straße – in München, Frankfurt oder Berlin. Als das Bundesverfassungsgericht den Berliner Mietendeckel kippte, begannen sie erneut. 1,5 Millionen neue Wohnungen sollen nach dem Willen der Bundesregierung gebaut werden – aber das dauert. Vorläufig werden Genossenschaftsprojekte gegründet. 54 Prozent der Deutschen sind Mieter*innen – und viele haben das Gefühl, dass etwas ins Rutschen gekommen ist. Auch hier geht es darum, dazu zu gehören – Teil der Stadtgesellschaft zu sein. Wo neue Wohnquartiere entstehen, leisten Quartiersmanager gute Arbeit. Aber selten gelingt es, alle an einen Tisch zu bringen – von den Wohnungsbaugesellschaften über den Einzelhandel bis zu Wohngenossenschaften, den Trägern der Wohlfahrtspflege und den Kirchengemeinden.

Die Orientierung an wettbewerblichen Strukturen hat das Verhältnis zwischen Bürgern, Dienstleister*innen und Kommunen verändert. In der Dienstleistungsgesellschaft werden alle zu Kunden. Die großen Demonstrationen zeigen dagegen: Bürgerinnen und Bürger wollen als politische Subjekte wahrgenommen werden. Auf der Suche nach der Stadt, zu der ich „Wir“ sagen kann, wurde in den letzten Jahren das Quartier wiederentdeckt – der Raum, in dem Menschen sich selbstverständlich begegnen – in Einkaufszentren, bei Ärzten, in Tageseinrichtungen und Schulen und Sportvereinen. Es geht um Zugehörigkeit, um Teilhabe und neue Erfahrungen, „um ein Stück Leben außerhalb der Familie in Räumen, die unterschiedliche soziale Kreise zusammenbringen“. Arbeitsplätze sind Orte der Begegnung, aber sie werden unbeständiger. Wohnviertel und Schulen segregieren sich. Einkäufe werden immer öfter im Internet getätig, die Innenstädte drohen zu veröden. Leere Einkaufsstraßen und Kaufhäuser, leere Marktplätze und Kirchen: Covid-19 hat einen Eindruck davon vermittelt, was es bedeutet, wenn die Räume der Begegnung fehlen. „Wir sollten alles dafür tun, soziale Marktplätze zu erhalten oder neu aufzubauen“, meint Allmendinger – zum Beispiel durch Coworking-Spaces oder eine andere Quartierspolitik.¹⁰ Während in ehemaligen Parkhäusern neue Wohnungen entstehen, regt Ina Prätorius an, die leeren Verkaufsflächen zu kommerzfreien Treffpunkten zu machen: Tauschläden, Quartiersläden, Begegnungszentren. Gerade Menschen, die kaum privaten Lebensraum haben, brauchen öffentliche Orte in der Stadt, frei zugängliche Flussufer, offene Kirchen und Bänke auf dem Marktplatz.

10 Allmendinger 2017, S. 235.

Um Bürgerbeteiligung zu organisieren, genügt es aber nicht, eine Plattform zu installieren – weder digital noch analog. Untersuchungen von Martina Wegner¹¹ aus München zeigen, dass sich auf diese Weise immer nur die gleichen beteiligen: die hochengagierte Mittelschicht mit ihren eigenen Interessen. Wenn Politik die erreichen will, die ihre Rechte nicht selbstverständlich wahrnehmen, sind intermediäre Organisationen nötig: Schulen, Kirchen, Wohlfahrtsverbände, Parteien. Genau die sind aber in den letzten Jahren auf dem Rückzug – von den Bezirksverwaltungen bis zu den Pfarreien. Wie kann es unter diesen Rahmenbedingungen gelingen, gute Orte zu schaffen – oder genauer: die Bedingungen und Befähigung zu einem guten Leben vor Ort? Wer vulnerable Zielgruppen unterstützen will – Demenzkranke, Menschen mit Behinderung, Geflüchtete, Pflegebedürftige oder Familien in Armut – muss alle Akteure an Bord holen, die Angebote verknüpfen und Engagierte, Mieteter, Betroffene beteiligen. Es genügt nämlich nicht, Rechte zu haben – wenn wir Hilfe brauchen, sind wir auch auf Informationen angewiesen und auf Menschen, die uns zuhören und uns bei unseren Forderungen unterstützen. „Es kann nicht als selbstverständlich vorausgesetzt werden, dass die Selbstorganisation von Bürgern und Bürgerinnen, etwa in der organisierten Nachbarschaftshilfe, aber auch in Seniorengenosenschaften und in Bürgervereinen ohne Hilfe „von außen“ auskommt. Vielmehr benötigen solche Formen der Selbstorganisation in der Regel Anstöße, Förderung und Unterstützung auch durch die Kommune“, heißt es im 7. Altenbericht -Bericht der Bundesregierung. Welcome-Projekte, alternsgerechte und demenzfreundliche Städte, Inklusionsquartiere, die soziale Stadt und Compassionate Cities „leben von einem Ineinandergreifen unterschiedlicher Hilfen. Segmentierte Hilfen sind zu überwinden, es muss in wohlfahrtspluralistische Hilfearrangements investiert werden.“¹²

Sabine Pleschberger von der Universität Graz untersucht zurzeit informelle außerafamiläre Hilfen in der Pflege. Dabei zeigt sich: Der soziale Nahraum, der sich durch individuelle Hilfen, durch Nähe, Freiwilligkeit, Wechselseitigkeit auszeichnet, braucht die Ergänzung durch bedarfsorientierte, qualifizierte und organisierte Hilfesysteme. Entscheidend wird sein, beides in der je eigenen Dignität und Logik zu begreifen. Die Förderung „Sorgender Gemeinschaften“ muss eingebettet sein in Sorgestrukturen und ein breit angelegtes Kommunalentwicklungsprogramm. Wenn wir Kommunen nicht nur als Wirtschaftsstandorte, sondern als Ort des guten Lebens begreifen wollen, dann sind sie also auf soziale Investitionen angewiesen. Wo der Busverkehr eingestellt ist, Schule und Kindergarten nicht mehr vor Ort sind, wo sich kein Arzt mehr niederlassen will, fehlt es eben auch an tragfähigen Säulen für das zivilgesellschaftliche Engagement.

11 Wegner Martina: Vortrag bei „Horizonte der Sorge“. Internationales Symposium zu palliative/hospice care und caring communities am 15./16.3.2019 der Universität Graz.

12 Bundesministerium 2016, S. 259.

In einer Studie von Jutta Allmendinger geben 80 Prozent aller Befragten an, es sei ihnen sehr wichtig, ein „Wir“-Gefühl zu haben – obwohl oder gerade weil sie sich selbst eher allein gelassen fühlen. Der Satz „Ich bin anders, meine Werte passen nicht zu der Welt, die mich umgibt“ wird von fast allen bejaht – die gesellschaftliche Pluralisierung ist also unmittelbar erfahrbar.¹³ Dennoch oder gerade deswegen ist die Zustimmung zum Sozialstaat mit Solidarität, Umverteilung, Äquivalenz und sozialer Sicherung nach wie vor hoch. Der „Haushalt“ soll funktionieren mit allem, was für die Daseinsvorsorge nötig ist: Wohnen, Wasser und Ernährung, Gesundheitsversorgung und Verwaltung. Die Zustimmung zum Regierungshandeln in der Coronakrise zeigt, wie wichtig es ist, dass diese Sicherheit gewahrt wird. Zugleich zeigen die Sorgekämpfe um Wohnen, Pflege, Kinderbetreuung, Integration und Care-Berufe, die seit langem stattfinden, was auf dem Spiel steht.¹⁴ Es ist deshalb damit zu rechnen, dass der politische Streit der nächsten Jahre um die öffentlichen Haushalte geht: um Schulen, Spielplätze, Theater, kostengünstiges und barrierearmes Wohnen, um Schwimmbäder, Krankenhäuser und Gesundheitsämter. Um das Gemeinwohl. Und eine neue Politik der Gemeinschaft.

3. Wir und die anderen – Gemeinschaft in Bewegung

„Die Welt von morgen wird aus den Fragmenten der Vergangenheit gemacht“, schreibt Erwin Panowsky.¹⁵ Die Gemeinschaftserfahrungen des 19. Jahrhunderts tauchen heute fragmentarisch wieder auf, müssen sich aber zugleich auf notwendige Veränderungen hin befragen lassen.

Auf dem Marktplatz in Rotenburg an der Fulda steht ein Diakonissendenkmal mit Tracht und Haube – eine Erinnerung an Schwester Margarete, die in den letzten Kriegstagen die weiße Fahnen auf dem Kirchturm gehisst hatte. Noch immer sehnen sich viele zurück nach diesen Frauen, die Pflegende und Sozialarbeiterinnen, Netzwerkerinnen und Seelsorgerinnen in einer Person waren, Quartiersmanagerinnen, lange bevor der Name erfunden wurde. Gemeindeschwestern haben Konjunktur. In strukturschwachen Regionen ergänzen sie den ärztlichen Dienst bei Hausbesuchen und digitaler Ausstattung. „Buurtzorg“, das Modell der Quartierspflege aus den Niederlanden, hat inzwischen auch in Deutschland Ableger. Und längst ergänzen andere Dienste das Portfolio der Pflege. Im Umfeld der Sozialstationen gibt es Pools von Haushaltshilfen und organisierte Angebote der Demenzbegleitung, die von den Kassen refinanziert werden. In Quartierszentren, Mehrgenerationenhäusern und Seniorenwohngemeinschaften werden Mittagstische und Telefonnetzwerke organisiert. Aber anders als im 19. Jahrhundert sind eben nicht nur die Quartiere gemischt, wir haben es nicht nur mit verschiedenen Milieus zu tun, sondern darüber hinaus mit dem Wettbewerb unterschiedlicher Anbieter. Wo einst die Ge-

13 Allmendinger 2017, S. 132 ff.

14 Artus//Birke/Kerber-Clasen Menz 2017.

15 Horx 2020, S. 12.

meindeschwestern Kirche, Vereinshaus und Schwesternstation mit ihrem Netzwerk von Haupt- und Ehrenamtlichen verbanden, überlagern sich heute vielfältige Angebote, die – anders als in der Jugend- oder der Eingliederungshilfe – noch zu selten im Sinne der Quartiersentwicklung kommunalpolitisch verbunden werden.

„Denn Quartier ist da, wo das Herz wohnt“, heißt eine Fortbildung des Johanneswerks in Bielefeld. Eingeladen wird zum Beispiel zu einem Zukunftstag, bei dem sich Angehörige, Pflegende, Ärztinnen, Nachbarschaftsnetze und Sozialstationen, Hospizdienste und Kirchengemeinde über die Bedarfe im Quartier klarwerden und gemeinsam planen können, was an Letzte-Hilfe-Kursen, Besuchsdiensten, ehrenamtlicher Hospizarbeit gebraucht wird. So kann sich zwischen Quartierscafés, Familienzentren, Mehrgenerationenhäusern und Kirchengemeinden der Dritte Sozialraum entwickeln, nicht an Defiziten orientiert, sondern an Lebensbereichen wie Wohnen, Gesundheit oder Bildung. Damit das gelingt, brauchen wir Begegnungsorte, die keiner Gruppe eindeutig zuzuschreiben sind, wo sich die Verschiedenen ohne Hierarchisierung begegnen und ihre Anliegen aushandeln können – offen, niedrigschwellig und kostenlos. Dorfläden, Stadtteilbüchereien, Quartierscafés können diese Funktion erfüllen.

Bis in die 1960er Jahre Gemeindehäuser solche dritten Orte, Versammlungsräume und Vereinshäuser. Heute werden sie oft als halb leerstehende Clubhäuser für Hochverbundene wahrgenommen. Viele, die sich in Sorgenden Gemeinschaften engagieren, sind keine Kirchenmitglieder mehr. Aber noch immer haben Kirche und Diakonie starke Netzwerke in der Zivilgesellschaft, dazu hauptamtliche Pflegekräfte, Erzieherinnen, Seelsorgepersonen und nicht zuletzt Gemeindehäuser. Wo andere Träger sich zurückziehen, haben sich manche Gemeinden entschieden, Gemeindehäuser zu Gemeinwesenzentren zu entwickeln und den frei gewordenen Raum mit anderen zu teilen. In den EKD-Denkschriften und -Orientierungshilfen der letzten Jahre – zu Armut, Familie, Pflege, Alter oder Inklusion – ging es immer wieder um die Frage, wie es gelingen kann, die Schranken zu öffnen, die die Gemeinde zum Club gemacht haben, und ganz bewusst auf die Nachbarschaften zuzugehen. Die Interessen der unterschiedlichen Gruppen wahrzunehmen und mehr noch: den Geist eines Ortes. Eine Untersuchung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der EKD über Ehrenamtliche in der Uckermark hat gezeigt, dass es dabei nicht hilft, Konzepte aus anderen Kontexten überzustülpen. Ein Gemeinwesen lässt sich nicht managen wie ein Unternehmen; auch Diakoniewerke, die inklusive Quartiere aufgebaut haben, haben diese Erfahrung gemacht. Die Seele eines Ortes lässt sich nicht von außen implantieren, sie braucht Pflege und Entwicklung, Diskurs, Seelsorge und Rituale. In den Spannungsfeldern von Gesellschaft und Politik braucht es eine Kirche, die Grenzen überschreitet und verschiedene Lebensstile und Lebenserfahrungen zusammenführt. „Christen, die nur unter sich leben, haben keine Ahnung, wie das Christentum auf Menschen wirkt, die nicht glauben; das lässt sie einander fremd werden. [...] Deshalb scheint es vor allem notwendig zu sein, die Christen – oder zumindest einen Teil davon – dahin zu bringen, dass sie geschwisterlich sind.“

terlich mit den Nichtchristen leben. In diesen kleinen Gemeinden versuchen wir miteinander, diejenigen zu verstehen, die das Licht des Glaubens nicht haben“, schrieb die französische Mystikerin Madeleine Delbrél, die mit ihrer Wohn- und Lebensgemeinschaft ganz bewusst in säkulare Quartiere zog.¹⁶

Ob ein solches Miteinander gelingt, hängt entscheidend davon ab, wie Gemeinschaft verstanden wird. Dazu lohnt es sich, die „Fragmente“ der Vergangenheit noch einmal kritisch anzusehen. Die Gemeinschaften der Inneren Mission und der Caritas waren nämlich nicht nur konfessionell geprägt, sondern auch durch ein konstitutives Gegenüber von Helfenden und Hilfebedürftigen. Das Muster von „Wir“ und die „Anderen“ zeigte sich in der Exklusion von Menschen mit Behinderung, Wohnungslosen oder schwer erziehbaren Jugendlichen in Anstalten und Heimen und führte in der Zeit des Nationalsozialismus zur Deportation und Ermordung von Patient*innen und Hilfebedürftigen. Nur wenige dieser christlichen Gemeinschaften hatten die Kraft, der abgeschlossenen Ideologie der „Volksgemeinschaft“ zu widerstehen – einer Gemeinschaft der Gleichen, die die „anderen“ ausgrenzt oder jedenfalls assimiliert. Die Anerkennung von Singularität und Verschiedenheit, von Säkularisierung und Vielstimmigkeit ist auch ein Ergebnis dieser verfehlten Geschichte vorgegebenen oder erzwungenen Zugehörigkeit, die mit der urkirchlichen Vielfalt, wie sie z.B. in Apg.2 geschildert wird, nur noch wenig zu tun hatte.

In seinem Buch „Wenn ich wir sage“ fragt der Schriftsteller Michael Köhlmeier, was eine Gemeinschaft konstituiert – am Beispiel einer persönlichen Schlüsselszene: „Und dann sagte der Mann am Bahnhof in Lindau, der mich an seine kratzende Wange gedrückt hatte: ‚Jetzt sind wir endlich wieder eine Familie.‘ Ich, vier Jahre alt, machte meinen Diener und sagte: ‚Mein Name ist Michel Köhlmeier.‘ Ich wollte zu dem Wir, von dem mein Vater sprach, nicht gehören.“¹⁷ Auch der Organisationsberater Klaus Doppler unterscheidet in seinem Buch „Die Logik der Anderen“ verschiedene Bedeutungen des „Wir“, das er einen „edlen Deckel auf einem un durchsichtigen Topf“ nennt: Die unverblümte Vereinnahmung, die verdeckte Vereinnahmung, das Einschwören gegen einen gemeinsamen Feind und die freundliche Einladung. Lebendige Gemeinschaft wächst durch Anerkennung des Anderen, Respekt und freundliche Einladung. Gemeinschaft ist nicht gegeben, um dann zu erodieren, wie wir es gerade bei den alten Organisationen von Kirche bis Gewerkschaft erleben – sie kann immer neu entstehen, wo Menschen sich auf andere wie auf die eigene Hilfebedürftigkeit einlassen. Sorgebedarfe und Sorgekräfte spielen dabei eine wesentliche Rolle. Das genau war während der Corona-Krise zu erleben. Es geht darum, eine Sozialpolitik zu entwickeln, die diese Kräfte stärkt.

16 Delbrél 2015, S. 175.

17 Köhlmeier 2019, S. 74.

Literaturverzeichnis

- Allmendinger, Jutta (2017), Das Land, in dem wir leben wollen. Wie die Deutschen sich ihre Zukunft vorstellen, München.
- Artus, Ingrid/Birke, Peter/Kerber-Clasen/Stefan, Menz, Wolfgang (Hg.) (2017), Sorge-Kämpfe. Auseinandersetzungen um Arbeit in sozialen Dienstleistungen, Hamburg
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.) (2012): Zeit für Familie. Familienzeitpolitik als Chance einer nachhaltigen Familienpolitik. Achter Familienbericht. Berlin. <https://www.bmfsfj.de/blob/93196/b8a3571f0b33e9d4152d410c1a7db6ee/8--familienbericht-data.pdf> (Zugriff am 25.04. 2021).
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.) (2016): Der Siebte Altenbericht der Bundesregierung. Sorge und Mitverantwortung in der Kommune Aufbau und Sicherung zukunftsfähiger Gemeinschaften. Berlin. <https://www.bmfsfj.de/blob/120144/2a5de459e4984cb2f83739785c908d6/7--altenbericht---bundestagsdrucksache-data.pdf> (Zugriff am 25.4.2021).
- Delbrél, Madeleine (2015), Deine Augen in unseren Augen. Die Mystik der Leute von der Straße. Ein Lesebuch. Hg. v. Annette Schleinzer. 2. Aufl., Oberpfraffern
- Deimling, Gerhard (2003), 150 Jahre Elberfelder System. Ein Nachruf. Geschichte im Wuppertal, 12, S. 46–57
- Hertz, Noreen (2021), Das Zeitalter der Einsamkeit, Hamburg
- Horx, Matthias (2020), Die Zukunft nach Corona. Wie eine Krise die Gesellschaft, unser Denken und unser Handeln verändert, Berlin.
- Kinnert, Diana (2021), Die neue Einsamkeit, Hamburg
- Klie, Thomas (2014), Wen kümmern die Alten? Auf dem Weg in eine sorgende Gesellschaft, München.
- Köhlmeier, Michael (2019), Wenn ich wir sage, Wien
- Reckwitz, Andreas (2017), Die Gesellschaft der Singularitäten. Zum Strukturwandel der Moderne, Berlin.
- Steinmeier, Frank-Walter (2021), Rede bei der zentralen Gedenkveranstaltung für die Verstorbenen in der Corona-Pandemie am 18. April 2021. (www.bundespraesident.de, Zugriff am 25.4.2021)
- Winker, Gabriele (2015), Care Revolution. Schritte in eine solidarische Gesellschaft. 2. Aufl., Bielefeld

Autorin

Cornelia Coenen-Marx, Pastorin und Autorin, GF Agentur „Seele-und-Sorge“. Robert-Koch-Str. 113d, 30826 Garbsen, Deutschland, coenen-marx@seele-und-sorge.de